Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 867**

18. Wahlperiode **10.11.2026**

Mitteilung

des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Europa

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Europa vom 10. November 2026, Az.: IM7-0123-208/5/1:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 3. Quartal 2026.

von Loga
Staatssekretärin

Eingegangen: 10.11.2026 / Ausgegeben: 13.11.2026

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg

über aktuelle europapolitische Themen

3. Quartal 2026

I. Europapolitische Schwerpunktthemen 2
Anliegen der Landesregierung an das Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2
Positionspapiere Automobilpaket 2
II. Laufende europapolitische Themen 3
Bundesrat 3
Positionierung Baden-Württembergs zu europapolitischen Themen 4
Europapolitische/internationale Gespräche und Veranstaltungen 4
Europaöffentlichkeitsarbeit 11
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit 12
Start des neuen Auslandsbüro des Landes in Indien 12
Frankreich 12
Schweiz 13
Makroregionale Strategien 13
EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) 14
EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) 15
Interreg Oberrhein 15
IV. Entwicklungspolitik 16

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Anliegen der Landesregierung an das Arbeitsprogramm der EU-Kommission

Am 7. August 2026 sendete Minister Manuel Hagel MdL ein Papier der Landesregierung mit Anliegen von Baden-Württemberg für das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission und die europäische Gesetzgebung für 2027 an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Mit dem Papier setzt sich die Landesregierung im Vorfeld der Veröffentlichung des Arbeitsprogramms der EU-Kommission für 2027 aktiv dafür ein, dass bestimmte Gesetzgebungsvorhaben und Initiativen der Europäischen Union (EU) im Jahr 2027 überarbeitet, priorisiert behandelt, abgeschlossen oder neu vorgeschlagen werden sollen. Die Landesregierung fordert dabei bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, beim Bürokratieabbau und bei der Förderung von Innovationen weiter auf Kurs zu bleiben, laufende Gesetzgebungsverfahren zielgerichtet und pragmatisch abzuschließen und umzusetzen sowie neue gesetzliche Vorhaben und Förderprogramme bürokratiearm im engen Austausch mit den Industrie- und Wissenschaftsakteuren auszugestalten. Als übergreifendes Ziel sollte bei allen Vorhaben die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und der europäischen Unabhängigkeit stehen.

Positionspapiere Automobilpaket

Anfang September 2026 sendeten Ministerpräsident Cem Özdemir MdL und der stellvertretende Ministerpräsident Manuel Hagel MdL ein Positionspapier der Landesregierung an die EU-Institutionen mit dem Ziel, die laufenden Verhandlungen zum Automobilpaket der EU zu adressieren. Darin fordern sie, die E-Mobilität als zentrale Zukunftstechnologie zu stärken, gleichzeitig aber auch im Sinne der Technologieoffenheit alternative emissionsarme Antriebskonzepte, klimafreundliche Kraftstoffe und ergänzende Übergangstechnologien zuzulassen. Konkret fordert die Landesregierung, die CO2-Flottengrenzwerte für PKW und leichte Nutzfahrzeuge weiter zu flexibilisieren, ein Level Playing Field im globalen Wettbewerb herzustellen sowie die europäische Souveränität durch die Stärkung von Zukunftstechnologien zu fördern. Angesichts unfairer Wettbewerbsbedingungen von China fordert die Landesregierung bestehende EU-Instrumente gegen Marktverzerrung konsequent zu nutzen und, wo erforderlich, durch zusätzliche Instrumente zu ergänzen.

Ministerpräsident Cem Özdemir MdL initiierte zudem ein gemeinsames Positionspapier mit seinen Amtskollegen Dr. Markus Söder MdL und Olaf Lies MdL aus den drei „Autoländern“ Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen.

Darin richten die Ministerpräsidenten einen eindringlichen Appell an die Bundesregierung und die EU-Institutionen, entschlossen zu handeln und die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie nachhaltig zu sichern. Im Mittelpunkt stehen die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, eine flexiblere EU-Regulierung sowie die gezielte Stärkung europäischer Zukunftstechnologien und Wertschöpfungsketten. Zugleich fordern die drei Länder ein entschlossenes europäisches Vorgehen gegen unfaire Handelspraktiken und Wettbewerbsverzerrungen, um faire Wettbewerbsbedingungen zu sichern, strategische Abhängigkeiten zu verringern und industrielle Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze in Europa zu erhalten.

II. Laufende europapolitische Themen

Bundesrat

Auf Initiative der Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen fasste der Bundesrat am 22. September 2026 den Beschluss mit dem Titel "Europas industrielle Zukunft stärken, europäische Industriearbeitsplätze gegenüber unfairen Wettbewerbspraktiken schützen, einseitige Abhängigkeiten reduzieren" (BR-Drucksache 546/26 (B)). Der Bundesrat zeigt sich darin besorgt darüber, dass der Handel zwischen der EU und der Volksrepublik China seit Jahren durch starke einseitige Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten Europas geprägt sei. In diesem Zusammenhang hebt er die Handelsbilanzungleichgewichte zwischen Europa und China hervor. Kritische Importabhängigkeiten Europas sieht er insbesondere bei Rohstoffen, Vorprodukten, Technologiekomponenten und auch bei Medikamenten. Der Bundesrat begrüßt die Ankündigung des Europäischen Rats, sich im Oktober 2026 erneut mit Fragen der globalen makroökonomischen Ungleichgewichte zu befassen und ruft zum gemeinsamen Handeln der EU auf. Die Stärkung europäischer Produktionsstandorte und der Innovationskraft sowie der Abbau von Hürden für den europäischen Binnenmarkt müsse weiter vorangetrieben werden, wobei Protektionismus abgelehnt werde. Um faire Wettbewerbsbedingungen wiederherzustellen, wird die Bundesregierung zur Ausweitung von Ausgleichszöllen auf weitere Sektoren aufgefordert. Die europäische Ebene wird aufgefordert bei Hinweisen auf staatlich verursachte Wettbewerbsverzerrungen auf weitere Produktgruppen und Branchen frühzeitig Untersuchungen einzuleiten und entsprechende Verfahren zügig und wirksam durchzuführen. Die EU soll sich mit weiteren internationalen Handelspartnern abstimmen. Nach Erstellung eines umfassenden Lagebildes soll

die Bundesregierung gemeinsam mit europäischen Partnern für besonders kritische Güter geeignete Maßnahmen zur Diversifizierung von Lieferketten und zum Abbau einseitiger Abhängigkeiten entwickeln.

Positionierung Baden-Württembergs zu europapolitischen Themen

Vergabe

Die Landesregierung übersendete Anfang September 2026 die Stellungnahme Baden-Württembergs zum geplanten Entwurf der EU-Kommission. Dabei begrüßte sie ausdrücklich das Vorhaben der Europäischen Kommission, das europäische Vergaberecht umfassend im Sinne eines zeitgemäßen Vergaberechts zu reformieren. Bereits im Rahmen der öffentlichen Konsultation hat Baden-Württemberg im Januar 2026 seine Positionen eingebracht und darauf hingewiesen, dass es entscheidend auf effiziente und bürokratiearme Prozesse ankommen werde, die auch von kleinen und mittleren Unternehmen und von kleinen Vergabestellen umgesetzt werden können. In der Stellungnahme plädierte Baden-Württemberg klar für eine Regelungsform, die Hürden im Binnenmarkt nachweislich abbaut; für Augenmaß bei der Verlagerung der Umsetzung von anspruchsvollen strategischen Zielen auf Vergabestellen; für bürokratiearme KMU-freundliche und rechtssichere Lösungen, die deutlich entlastend wirken; für eine fallspezifische europäische Präferenz, die Unternehmen und Behörden mitbedenkt; für konkrete Maßnahmen zur Anpassung der EU-Schwellenwerte und klare Definition von Ausnahmen insbesondere für Inhouse-Vergaben, interkommunale Zusammenarbeit und Beschaffungen der Daseinsvorsorge.

Europapolitische/internationale Gespräche und Veranstaltungen

3. Stuttgarter Europagespräche

Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL nahm als Vertreterin der Landesregierung an den 3. Stuttgarter Europagesprächen der Landeshauptstadt Stuttgart am 7. Juli 2026 teil. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die irische Ratspräsidentschaft. In ihrem Grußwort betonte sie die Hoffnung, dass Irland mit seinem Ratsvorsitz neue Impulse für die EU setzen könne. Es sei begrüßenswert, dass die irische Regierung ihr Programm zusammen mit Vertretern der Zivilgesellschaft erarbeitet habe.

Gespräche von Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL im Europäischen Parlament in Straßburg

Anlässlich der Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg traf Staatsekretärin Cornelia von Loga MdL am 7. und 8. Juli 2026 verschiedene Europaabgeordnete. So tauschte sie sich mit Carla Tavares MdEP (PT/S&D), der Co-Berichterstatterin für die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 (MFR), aus. Im Gespräch mit Michael Bloss MdEP (DE/Grüne) aus Baden-Württemberg standen die Europapolitik der neuen Landesregierung und aktuelle Themen wie das Autopaket und der Industrial Accelerator Act im Mittelpunkt. Die Anliegen des Landes bei der Medizinprodukte-Verordnung waren Thema beim Austausch mit Oliver Schenk MdEP (DE/EVP), dem zuständigen Berichterstatter im ITRE-Ausschuss für die Medizinprodukte-Verordnung. Im Gespräch mit Marie-Sophie Christ MdEP (DE/EVP) aus Baden-Württemberg standen die europapolitischen Schwerpunkte der Landesregierung und das Thema Gesundheitswirtschaft im Mittelpunkt.

Gespräche von Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL in Berlin

Im Rahmen einer Berlin-Reise besuchte Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL am 8. Juli 2026 die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. In Vertretung für die kurzfristig verhinderte Leiterin Barbara Gessler, traf Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL mit dem Politik-Team der Kommissionsvertretung zusammen. Themen des Austauschs waren die Verhandlungen über den MFR, die Vertiefung des Binnenmarkts, die Vereinfachung von EU-Recht und das Beihilferecht der EU. Im Deutschen Bundestag tauschte sich Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL mit Tilman Kuban MdB, Sprecher und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Angelegenheiten der EU der CDU/CSU-Fraktion, David Preisendanz MdB und Kai Whittaker MdB, Mitglieder des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU, aus. Im Mittelpunkt des Gespräches standen die MFR-Verhandlungen, Bürokratieabbau und industriepolitische Themen. Beim Besuch der irischen Botschaft in Berlin, stellte Botschafterin Maeve Collins die Schwerpunkte der irischen Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2026 vor. Zudem wurden verschiedene europapolitische Themen und Fragen der Zusammenarbeit zwischen der Republik Irland und Baden-Württemberg erörtert.

Gespräch von Ministerpräsident Cem Özdemir MdL mit kanadischen Botschafterin Vera Alexander und German American Days

Ministerpräsident Cem Özdemir MdL und Staatssekretär Florian Haßler MdL trafen am 20. Juli 2026 zum Antrittsbesuch mit der kanadischen Botschafterin, Vera Alexander, zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand der Ausbau der Zusammenarbeit mit Kanada vor dem Hintergrund geopolitischer Umbrüche, anknüpfend an gemeinsame Stärken beispielsweise in der Automobilwirtschaft und an Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz (KI) oder Quantentechnologien. Dabei wurde insbesondere die langjährige Landespartnerschaft mit Ontario hervorgehoben. Mit einem Folgegespräch am 25. September 2026 wurde der Austausch fortgeführt. Ministerpräsident Cem Özdemir MdL betonte dabei seine Unterstützung für den Vorschlag einer assoziierten EU-Mitgliedschaft Kanadas – dies stärke Europa und Kanada, biete aber auch für Baden-Württemberg viele Chancen.

Mit einer erfolgreichen Veranstaltung zum German-American Day am 29. September 2026 knüpften Ministerpräsident Cem Özdemir MdL und Staatssekretär Florian Haßler MdL an den Austausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika an. Mit US-Generalkonsul Brian Heath als Ehrengast und in Zusammenarbeit mit den vier Deutsch-Amerikanischen Einrichtungen in Baden-Württemberg stellte der Abend die vielfältigen Verbindungen des Landes mit den USA in der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft in den Mittelpunkt und beleuchtete mit einer Podiumsdiskussion die sich wandelnde konkrete transatlantische Zusammenarbeit. Ministerpräsident Cem Özdemir MdL betonte dabei insbesondere auch die besondere Rolle der USA bei der Re-Demokratisierung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg und hob die Bedeutung des US-Militärs, das durch General Anderson und weitere hochrangige Vertreterinnen und Vertreter präsent war, für Baden-Württemberg hervor.

Gespräch von Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL mit Botschafterin Vera Alexander

Am 21. Juli 2026 fand ein Gespräch von Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL mit der kanadischen Botschafterin, Vera Alexander, statt. Ebenfalls zugegen waren die in München ansässige Konsulin Julia Buss und Honorarkonsul Prof. Dr. Thomas Reith aus Stuttgart. Im Schwerpunkt wurden die Kooperation Kanadas mit der EU wie auch die Beitrittsperspektive der Ukraine und des Westbalkans, Handelsbarrieren, die Zusammenarbeit in den Bereichen Weltraum und KI sowie Digitalisierung besprochen. Darüber hinaus war man sich

einig, dass man an die bisherige gute Zusammenarbeit der Polizeibehörden anknüpfen und den Austausch von Best Practices im Polizeibereich ermöglichen wolle.

Eröffnung des Honorarkonsulats Äthiopien

Am 24. Juli 2026 hielt Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL in Vertretung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Manuel Hagel MdL ein Grußwort bei der Eröffnung des Honorarkonsulats der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien in den Räumen der IHK Reutlingen, in Anwesenheit von Botschafter Eskindir Yirga Asfaw und Honorarkonsul Dr. Thomas Breitling. Sie bezeichnete die Eröffnung als Symbol der wachsenden Partnerschaft und betonte, dass Baden-Württemberg als exportorientiertes Land auf internationale Netzwerke angewiesen sei und Afrika als Partner für Innovation und nachhaltige Entwicklung sehe. Äthiopien sei als zweitbevölkerungsreichstes Land Afrikas und Sitz der Afrikanischen Union ein wichtiger Partner. Baden-Württemberg unterstütze Unternehmen vor Ort unter anderem durch eine Wirtschaftsdelegationsreise in diesem Jahr und die seit 2019 bestehende Wirtschaftsvertretung für Ostafrika in Addis Abeba. Zudem nahm Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL an einem Roundtable-Gespräch teil, bei dem die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Investitionen, berufliche Bildung, Digitalisierung und erneuerbare Energien im Mittelpunkt standen.

Austausch von Staatssekretär Florian Haßler MdL mit den in Baden-Württemberg ansässigen Berufskonsuln am 24. Juli 2026

Wie bereits in der Vergangenheit empfing Staatssekretär Florian Haßler MdL die hiesigen Berufskonsuln zu einem offenen Austausch, insbesondere zu internationalen Schwerpunkten und aktuellen Planungen der Landesregierung sowie den Anliegen der ausländischen Gemeinden in Baden-Württemberg**.** Das Staatsministerium koordiniert die Zusammenarbeit der Landesregierung mit den Konsulaten und fungiert als zentraler Ansprechpartner. Er betonte dabei die wichtige Rolle der Konsulate vor Ort und unterstrich das Ziel der Landesregierung, die vertrauensvolle Zusammenarbeit auch in der neuen Legislaturperiode fortzuführen, den regelmäßigen Dialog zu pflegen und gemeinsam neue Impulse für die internationalen Beziehungen Baden-Württembergs zu setzen.

Sommerempfang des BW-UK Office am 27. Juli 2026

Staatssekretär Florian Haßler MdL lud gemeinsam mit dem baden-württembergischen Auslandsbüro im Vereinigten Königreich, dem BW-UK Office, zum traditionellen Sommerempfang, der die Vielfalt und die Vertiefung der Beziehungen zu Großbritannien nach dem Brexit in den Mittelpunkt stellte. Er betonte gemeinsam mit einer Vertreterin des britischen Generalkonsulats die Bedeutung des Deutsch-Britischen Freundschaftsvertrages von Kensington. Die Repräsentantin des Landes berichtete über zahlreiche Initiativen, um insbesondere Unternehmenskontakte, Wissenschaftsverbindungen, Studierenden – sowie Schulaustausche zu stärken. Die baden-württembergischen Partnerregionen Schottland und Wales waren ebenfalls präsent beim Sommerempfang.

Empfang einer Delegation aus der Ukraine durch Ministerpräsident Cem Özdemir MdL

Ministerpräsident Cem Özdemir MdL hieß am 27. Juli 2026 eine Delegation unter Leitung der Vizegouverneurin der Oblast Lviv, Khrystyna Zamula, und den Botschafter der Ukraine, Oleksii Makeiev, zum Austausch in der Villa Reitzenstein willkommen. Im Gespräch betonte der Ministerpräsident die Solidarität des Landes mit der Ukraine und diskutierte konkrete Ansätze, um die Partnerschaft Baden-Württembergs mit der Oblast Lviv weiter auszubauen, insbesondere in den Bereichen Resilienz, Gesundheit und Kultur. Zuvor war bereits im Februar 2026 zwischen Lviv und Baden-Württemberg eine Absichtserklärung zur Vertiefung der wirtschaftlichen und innovationsorientierten Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Die Delegation aus Lviv nahm am 27. Juli 2026 auch am Wirtschaftsforum Baden-Württemberg – Ukraine in Stuttgart teil.

Antrittsbesuche des Botschafters von Brasilien, des Botschafters der Hellenischen Republik, der Botschafterin von Malta und Abschiedsbesuch des japanischen Generalkonsuls bei Staatssekretär Haßler

Im Rahmen der Gespräche im September betonte Staatssekretär Florian Haßler MdL unter anderem die Bedeutung und das Potential des Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten und bekundete das Interesse Baden-Württembergs an den Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstagen. Thematisiert wurden auch die Planungen für die griechische EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr sowie die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern zu zentralen Zukunftsfragen. Staatssekretär Florian

Haßler MdL dankte dem japanischen Generalkonsul im Namen der Landesregierung für seinen sehr engagierten Einsatz für die Kooperation des Landes mit Japan, die im Rahmen der Asien-Pazifik-Leitlinien des Landes weiter intensiviert wird.

Gespräch von Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL mit Landrat Dr. Christoph Schnaudigel

Am 2. September 2026 tauschte sich Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL mit Landrat und Präsident des Council of European Municipalities and Regions (CEMR), Dr. Christoph Schnaudigel, aus. Themen waren neben den Positionen zum nächsten MFR und die dortige Rolle der Kommunen auch das europäische Vergaberecht. Es bestand Einigkeit, dass derzeit zahlreiche bürokratische Belastungen auf kommunaler Ebene ankommen würden, die einen EU-Ursprung haben. Wichtig seien Entlastungen.

Gespräche von Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL mit der IHK Reutlingen und dem BWIHK

Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL führte am 9. September 2026 ein Gespräch mit dem Hauptgeschäftsführer der IHK Reutlingen, Dr. Wolfgang Epp, und am 28. September 2026 mit dem Hauptgeschäftsführer des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags (BWIHK), Dr. Michael Alpert. Besprochen wurden aktuelle europapolitische Themen aus Sicht der Wirtschaft, beispielsweise der Binnenmarkt und der Freihandel, der MFR, die Zukunft der Automobilwirtschaft, der Bürokratieabbau und die Vereinfachung von EU-Vorgaben, die europäische Verteidigungspolitik sowie das Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz. Die Staatssekretärin begrüßte, dass einige IHKs ein gemeinsames Büro in der Landesvertretung Brüssel eröffnen werden.

Veranstaltung zu den kommunalen Partnerschaften zwischen Baden-Württemberg und Ungarn

Gemeinsam mit dem Ungarischen Kulturzentrum lud Staatssekretär Florian Haßler MdL am 11. September 2026 zu einem Austausch über die Zukunft der deutschen Städtepartnerschaften mit Ungarn. Er betonte dabei das große Potential der kommunalen Zusammenarbeit, gerade nach dem Regierungswechsel in Ungarn, um die europäische Kooperation in der Zivilgesellschaft weiter zu stärken. Mit deutlich über 100 Partnerschaften gehört Ungarn zu den drei Ländern mit den meisten Städtepartnerschaften im Land – nach Frankreich

und in etwa gleichauf mit Italien. Insbesondere im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum setzt sich das Land gezielt für Städtepartnerschaften ein.

Gespräch von Staatssekretär Florian Haßler MdL mit Philippe Lamberts

Am 18. September 2026 sprach Staatssekretär Florian Haßler MdL mit Philippe Lamberts, dem Hauptberater von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Beim Austausch ging es vor allem um industrie- und klimapolitische Initiativen der EU. Staatssekretär Florian Haßler MdL ging dabei unter anderem auf die Positionen der Landesregierung zum Automobilpaket der EU ein.

Gespräch von Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL mit der maltesischen Botschafterin Marlene von Bonnici

Am 18. September 2026 tauschte sich Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL in Vertretung von Minister Manuel Hagel MdL mit der maltesischen Botschafterin, Marlene Bonnici, aus. Themen des Gesprächs waren der MFR, der europäische Binnenmarkt und der Industrial Accelerator Act (IAA). Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL unterstrich die Bedeutung der Beziehungen und des Austausches zwischen europäischen Partnern. Sie machte deutlich, dass die Bereiche Forschung und Innovation im nächsten MFR gestärkt und dass die Potenziale des Binnenmarktes u.a. durch den Abbau von Bürokratie gehoben werden müssten. Zum IAA hob Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL hervor, dass Local content-Bestimmungen nicht dazu führen dürfen den internationalen Freihandel und etablierte Lieferketten zu stören.

10. Hertensteiner Gespräche

Am 19. September 2026 fanden die 10. Hertensteiner Gespräche in Heilbronn statt. Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL hielt ein Grußwort in dem sie betonte, wie wichtig solche Austauschformate seien und welche Bedeutung eine handlungsfähige EU auch für das Land Baden-Württemberg habe.

Themen der in diesem Jahr stattfindenden Gesprächsreihe waren unter anderem der Wettbewerb der EU mit China, die Energieresilienz in Europa und Baden-Württemberg, der nächste MFR und die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Organisiert wurden die Hertensteiner Gespräche von der Europa-Union Heilbronn, Mannheim und Stuttgart, von den Jungen Europäern Baden-Württemberg und der Europäischen Bewegung.

Business-Roundtable IHK Karlsruhe mit Generaldirektorin Kerstin Jorna

Am 21. September 2026 fand der Round Table zur zukünftigen Ausrichtung des Fonds für die Wettbewerbsfähigkeit (ECF) im nächsten MFR statt. Staatssekretärin Cornelia von Loga MdL begrüßte die Generaldirektorin der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Europäischen Kommission, Kerstin Jorna, und betonte, dass die EU im Wettbewerb nur bestehen könne, wenn Europa unabhängiger und resilienter werde. Einerseits in den Bereichen Sicherheit, Energie und Rohstoffen, andererseits aber auch bei den Zukunftstechnologien. Sie stellte klar, dass Europa nur vorne mitspielen könne, wenn im MFR eine entsprechende Schwerpunktsetzung bei Forschung, Innovation und Investitionen gesetzt werde.

Gespräch von Staatssekretär Florian Haßler MdL mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten des Baskenlandes

Anknüpfend an einen Austausch in Brüssel empfing Staatssekretär Florian Haßler MdL am 23. September 2026 den baskischen Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Ander Caballero, in Stuttgart zum Gespräch. Beide betonten dabei die Gemeinsamkeiten als Automobilstandorte in der Transformation und diskutierten Felder für den Ausbau der Zusammenarbeit, insbesondere mit Blick auf die für 2027 von Baden-Württemberg International geplante Wirtschaftsdelegationsreise nach Spanien, die neben Katalonien auch ins Baskenland führen soll.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Verleih des Europa-Puzzles und Quizrads

Das Europa-Puzzle sowie das Quizrad werden auch weiterhin an Schulen sowie an Europa-Akteure in Baden-Württemberg verliehen. Zu diesem Zweck wurden die Nutzungsvereinbarungen und der Websiteauftritt überarbeitet und die Möglichkeit des Verleihs erneut über die Verteiler des Gemeinde-, Städte- sowie Landkreistags beworben. Insgesamt konnten seit 2021 weit über 3.600 Schülerinnen und Schüler aus über 140 verschiedenen Klassen im Alter zwischen sechs und 17 Jahren auf spielerische Weise das Konzept der EU „begreifen“. Darüber hinaus werden eine Torwand im The Länd in Europa-Design sowie die Wanderausstellung „EU on tour – Die EU auf einen Blick“ des Europäischen Parlaments, die die Grundlagen, Institutionen, aktuelle Themen und Beteiligungsmöglichkeiten der EU erklärt, ebenfalls regelmäßig ausgeliehen.

Stala-Schülerquiz

In Kooperation mit dem Statistischen Landesamt wurde in 2026 das beliebte Schülerquiz nun zum 31. Mal durchgeführt, bei welchem Fragen rund um Europa beantwortet werden mussten. Insgesamt hatten 1.881 Schülerinnen und Schüler teilgenommen.

III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit

Start des neuen Auslandsbüro des Landes in Indien

Das Staatsministerium hat das Auslandsbüro des Landes, das seit 2017 in der Stadt Pune im Partnerbundesstaat Maharashtra aktiv war, zum 1. August 2026 am neuen Standort in der Wirtschaftsmetropole Mumbai strategisch neu aufgestellt. Staatssekretär Florian Haßler MdL begrüßte die neue Repräsentantin, Ashumi Shroff, als „Chief Representative of Baden-Württemberg in India“. Sie soll unter anderem den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch zwischen Baden-Württemberg und Indien weiter vorantreiben. Zuvor war sie knapp 20 Jahre beim Deutschen Generalkonsulat in Mumbai tätig, ist spezialisiert auf deutsch-indische Wirtschaftszusammenarbeit und verfügt über vielfältige Erfahrungen in der Gestaltung von bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Indien.

Frankreich

Ministerpräsident Cem Özdemir, Minister Andreas Jung, Ministerin Marion Gentges, Staatssekretär Florian Haßler, Staatssekretärin Cornelia von Loga, Landtagspräsident Thomas Strobl sowie seine Stellvertreterin Muhterem Aras und zahlreiche weitere Mitglieder des Landtags nahmen auf Einladung des französischen Generalkonsuls Gaël de Maisonneuve an den Feierlichkeiten anlässlich des französischen Nationalfeiertags im Residenzschloss in Ludwigsburg teil. In seiner Festrede bekräftigte Ministerpräsident Cem Özdemir die herausgehobene Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen und betonte die hohe Priorität, die die enge Beziehung zu Frankreich für ihn und die Landesregierung hätten.

Am 25. September 2026 empfing Staatssekretär Florian Haßler MdL den neuen Präfekten der französischen Region Grand Est, Amaury de Saint-Quentin, zum Antrittsgespräch. An diesem nahm auch die neue französische Generalkonsulin in Stuttgart, Caroline Krajka, teil.

Im Rahmen der Frankreich-Strategie des Landes Baden-Württemberg fand am 24. September 2026 der 5. Städtepartnerschaftskongress in Böblingen unter dem Motto „Voneinander lernen, miteinander wachsen: Bilanz, Praxis und Perspektiven für Städtepartnerschaften“ statt. In einer moderierten Podiumsdiskussion kamen Staatssekretär Florian Haßler MdL und die Vize-Präsidentin der Région Grand Est, Brigitte Torloting, mit Städtepartnerschaftsakteuren aus Böblingen, Nancy, Asperg und Pfinztal ins Gespräch. Zentrales Thema war die „Urban diplomacy“. Am Nachmittag tauschten sich die Teilnehmenden in zwei Workshops aus und informierten sich an 14 Ausstellerständen auf dem Markt der Möglichkeiten sowie in Beratungsgesprächen über Projektideen und Best-Practices. Dabei kamen sie mit deutsch-französischen Institutionen, europäischen Einrichtungen, Kommunen und Ministerien in den Austausch.

Schweiz

Staatssekretär Florian Haßler MdL vertrat die Landesregierung am 29. Juli 2026 bei den Feierlichkeiten des Generalkonsuls der Schweiz in Stuttgart, Istvan Kocsis, anlässlich des Schweizer Nationalfeiertags. Bei seiner Rede im Kursaal Bad Cannstatt hob Staatssekretär Florian Haßler MdL die Wichtigkeit der engen Beziehungen Baden-Württembergs zum verlässlichen Partner und Nachbarn Schweiz angesichts der vielfältigen Herausforderungen auf internationaler Ebene hervor.

Am 29. Juli 2026 empfing Staatssekretär Florian Haßler MdL den deutschen Botschafter in der Schweiz und in Liechtenstein, Herrn Markus Potzel, zum Gespräch über aktuelle Themen in den bilateralen Beziehungen zur Schweiz und in den Beziehungen zwischen Schweiz und EU.

Makroregionale Strategien

18th High-Level Group Meeting Macroregional Strategies in Brüssel

Die 18. Sitzung der High-Level-Gruppe zur EU-Makroregionalstrategie fand am 7. Juli 2026 in Brüssel statt. Vertreter aller EU-Mitgliedstaaten sowie nicht-EU-Länder, die an den Strategien teilnehmen, kamen zusammen, um über die Koordinierung und den Austausch von Erfahrungen zwischen den vier EU-Makroregionalstrategien zu diskutieren. Die Teilnehmer besprachen unter anderem die makroregionale Dimension der zukünftigen Kohäsionspolitik und die sich verändernde Landschaft strategischer Rahmenbedingungen in den gleichen geografischen Gebieten. Das Staatsministerium war auf Arbeitsebene als Teil der deutschen Delegation vertreten.

Makroregionale Trio-Präsidentschafts-Treffen in Brüssel

Am 8. Juli 2026 fand in Brüssel das 11. Treffen der Vorsitzenden der nationalen Koordinierungsgruppen der EU-Makroregionalstrategien und der Europäischen Kommission statt. Teilnehmer waren die Vorsitzenden der vier EU-Makroregionalstrategien und Vertreter der Europäischen Kommission. Die Teilnehmer diskutierten über die Vorbereitungen auf den MFR und die Rolle der EU-Makroregionalstrategien bei der Verbindung von EU-Prioritäten mit territorialer Umsetzung. Es wurde ein gemeinsames Advocacy-Papier und strategische Orientierungen zur Rolle der EU-Makroregionalstrategien im MFR vorgestellt und genehmigt. Dieses Papier soll den Mitgliedstaaten helfen, die Botschaften der Makroregionalstrategien zu verbreiten. Da Deutschland/Bayern derzeit die Präsidentschaft in der Alpenraumstrategie innehat, war das Staatsministerium auf Arbeitsebene ebenfalls vertreten.

Macro-Regional and Sea Basin Strategy Days in Brüssel

Die Macro-Regional & Sea Basin Strategy Days 2026 fanden am 8. und 9. Juli 2026 in Brüssel statt, mit über 400 Teilnehmern aus der EU, Mitgliedstaaten, nicht-EU-Partnerländern, regionalen und lokalen Behörden sowie Stakeholdern. Die Veranstaltung, die von der Generaldirektion für Regional- und Stadtentwicklung (DG REGIO) und der Generaldirektion für Maritime Angelegenheiten und Fischerei (DG MARE) der Europäischen Kommission organisiert wurde, betonte die Bedeutung von Makro-Regionalstrategien (MRS) und Meerbeckenstrategien (SBS) bei der Bewältigung von Europas Herausforderungen, wie Resilienz, Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Sicherheit. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen hoben die Notwendigkeit von Zusammenarbeit und Synergien zwischen den Strategien hervor, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen und die Ziele der EU zu erreichen. Das Staatsministerium war auf Arbeitsebene vertreten.

EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR)

15 Jahre Donauraumstrategie / Internationales 14. Donaufest Ulm/Neu-Ulm

Im Rahmen des Eröffnungswochenendes des 14. Internationalen Donaufestes Ulm/Neu-Ulm fand am 4. Juli 2026 im Stadthaus Ulm der Festakt „Grenzen überwinden, Zukunft gestalten – 20 Jahre Engagement des Landes Baden-Württemberg im Donauraum“ statt. Anlässlich des 20-jährigen Engagements des Landes für die strategische Zusammenarbeit im Donauraum wurden die aktuellen Herausforderungen für Europa und insbesondere die Perspektiven

der Ukraine und der Republik Moldau thematisiert. Staatssekretär Florian Haßler MdL hielt die Festrede; die moldauische Vizepremierministerin für europäische Integration, Cristina Gherasimov, wirkte mit einer Impulsrede und an einer anschließenden Gesprächsrunde zur europäischen Zukunft der Ukraine und Moldaus mit. Zudem wurden konkrete Kooperationen und Projekte im Donauraum sowie die Rolle junger Menschen für die europäische Zusammenarbeit beleuchtet.

Des Weiteren war die Servicestelle Donauraum bei folgenden Veranstaltungen im Rahmen des Donaufests 2026 vertreten bzw. eingebunden: Zukunftsdialog der Donauregion: „The Danube Region at the Turn of Times – Shaping the Digital Future along the Danube“ am 3. Juli 2026 bei der IHK Ulm zu Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Cybersicherheit in Unternehmen; Eröffnung des Internationalen Donaufests am 3. Juli 2026 im Edwin-Scharff-Haus Neu-Ulm; Austausch mit und Empfang der Internationalen Gäste am 4. Juli 2026 im Rathaus Ulm; sowie Fachtagung „Demokratie braucht uns alle“ am 10. Juli 2026 ebenfalls im Edwin-Scharff-Haus Neu-Ulm.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

EB-Meeting & EB-BAGL-Meeting in München

Am 10. September 2026 fand die 4. Executive Board (EB) Sitzung statt, bei der unter anderem die gemeinsame Lindau Erklärung diskutiert wurde. Des Weiteren wurden die EUSALP-Missionen, der Präsidentschaftsrotationsmechanismus und das EUSALP-Steuerungspaket besprochen. Es gab auch eine Informationsrunde zur Jugend und eine Aktualisierung der Mitgliederliste des EUSALP-Jugendrats.

Am 11. September 2026 fand die 3. EB-BAGL-Sitzung (Executive Board & Board of Action Group Leaders) statt. Ein wichtiger Punkt war das EUSALP-Steuerungspaket, das eine neue, einheitliche Rahmenstruktur für die Arbeit der Aktionsgruppen einführen soll. Weitere Themen waren unter anderem das Jahresforum und die Generalversammlung 2026, Jugendaktivitäten und der Ausblick auf die französische EUSALP-Präsidentschaft. Die Servicestelle war in beiden Sitzungen vertreten.

Interreg Oberrhein

Am 9. Juli 2026 tagte der Begleitausschuss des Interreg-Programms Oberrhein in Neustadt an der Weinstraße. Er bewilligte 13 neue grenzüberschreitende

Projekte, die mit insgesamt 19,5 Mio. Euro an EU-Mitteln gefördert werden. Bewilligt wurde unter anderem das Projekt „TRI-FIRE“, das Einsatzkräfte deutscher und französischer Feuerwehren mit Schulungen, Übungen und angepassten Fahrzeugen darauf vorbereitet, gemeinsam gegen zunehmend häufige Waldbrände am Oberrhein vorzugehen. Das Projekt soll schnellere und besser koordinierte Einsätze auf beiden Seiten der Grenze ermöglichen, und wird mit rund 3 Mio. Euro an EU-Mitteln gefördert.

Bezüglich der neuen Förderperiode 2028 bis 2034 hat das Staatsministerium den Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments zum Entwurf der EFRE-/Interreg-Verordnung analysiert und den Mitgliedern des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlaments Hinweise und Änderungsvorschläge übermittelt.

IV. Entwicklungspolitik

Jahrestag des Völkermords an den Eziden

Am 3. August 2026 wurde den Überfällen der IS-Terroristen auf ezidische Siedlungen im Nordirak sowie der Ermordung und Vertreibung tausender Ezidinnen und Eziden vor 12 Jahren gedacht - über 2.000 von ihnen befinden sich heute noch in IS-Gefangenschaft. Damals wurden über ein Sonderkontingent mehr als 1.000 Frauen und Kinder aufgenommen. Sie haben sich erfolgreich ein neues Leben aufgebaut. Durch Zeugenaussagen gegen IS-Täter vor Gericht tragen sie zur Verurteilung von IS-Kämpfern bei. Seit Beginn des Engagements gibt es auch humanitäre Projekte vor Ort, insbesondere in der nördlichen Provinz Dohuk und dem angrenzenden Verwaltungsdistrikt Sinjar. Dabei unterstützt die Landesregierung auch das Engagement von Frauen aus dem Sonderkontingent. Bei den humanitären Hilfsorganisationen Nadia’s Initiative und Farida e.V. handelt es sich um die bekanntesten Organisationen, die von IS-Überlebenden für IS-Überlebende ins Leben gerufen wurden. Die Kinder der Abt-Steyrer-Grundschule im Schwarzwald haben zum Jahrestag einen Spendenlauf durchgeführt und über 2.000 Euro zugunsten ihrer Partnerschule Our Bridge e.V. in Khanke in der Region Kurdistan-Irak gesammelt. Ministerpräsident Cem Özdemir MdL versicherte anlässlich des 12. Jahrestages öffentlich, dass Baden-Württemberg weiter verlässlich an der Seite der Ezidinnen und Eziden stehe: für eine friedlichere Welt, für Demokratie und Menschenrechte.

Junger Kongress

Am 28. Juli 2026 fand der 3. Junge Kongress unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stärker – unsere Ideen für Klima und Zukunft“ im Jugendhaus Mühlacker statt. Ziel war es, junge Menschen zu einem Ideenaustausch zu Klimagerechtigkeit, globaler Gerechtigkeit und Zukunftsfragen zu versammeln. Der Kongress bot Raum, um Ideen, Fragen und Anliegen einzubringen, andere junge Menschen kennenzulernen und gemeinsam neue Perspektiven für eine gerechtere Zukunft zu entwickeln. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung nahmen an Workshops und Gesprächen teil, darunter Oberbürgermeister Stephan Retter, die Landtagsabgeordneten Stefanie Seemann MdL (GRÜNE), Tim Bückner MdL (CDU) und Annkathrin Wulff MdL (SPD) sowie die Bundestagsabgeordnete Katja Mast MdB (SPD). Der Junge Kongress ist eine Initiative des Netzwerks „Junges Engagement für Eine Welt Baden-Württemberg“. Er wurde in diesem Jahr im Rahmen des Projekts Global Districts der finep-Akademie in Kooperation mit der Stadt Mühlacker organisiert. Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss entwicklungspolitischer und jugendpolitischer Organisationen in Baden-Württemberg mit dem Ziel, gemeinsame Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Welt zu entwickeln und umzusetzen. Es wird koordiniert von der Eine Welt-Promotorin für Junges Engagement und Klimagerechtigkeit beim Landesjugendring.